Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 145. | Dresden, Montag den 28. Juni 1909. | 20. Jahrg.

Er darf noch bleiben!

Nach der entscheidenden Abstimmung über die Erbschaftssteuer schrie die liberale Presse: „Auflösen oder abtreten!" Aber die konservative Presse befahl: „Bleiben, weiterdienen und gehorchen!" Dem konservativen Wunsch gehorsam fuhr am Sonnabend der Kanzler nach Kiel zu Wilhelm II. und erwirkte sich die Erlaubnis, sein Amt einstweilen noch behalten zu dürfen, bis die Reichsfinanzreform unter Dach gebracht sei. Der Sieg der konservativ-klerikalen Koalition wird durch diese Tatsache erst vollständig. Amtlich wird gemeldet:

Berlin, 26. Juni. Bei seinem heutigen Vortrag über die politische Lage hat der Reichskanzler Se. Majestät den Kaiser um seine sofortige Entlassung gebeten. Der Kaiser hat es jedoch abgelehnt, im gegenwärtigen Augenblick dem Wunsch des Fürsten Bülow zu entsprechen. Se. Majestät wies darauf hin, daß nach der einmütigen Ueberzeugung der verbündeten Regierungen das baldige Zustandekommen der Finanzreform für die innere Wohlfahrt wie für die Stellung des Reiches nach außen eine Lebensfrage sei. Er könne unter diesen Umständen der Erfüllung des Wunsches des Fürsten auf Entbindung von seinen Aemtern nicht eher nähertreten, als bis die Arbeiten für die Finanzreform ein positives und für die verbündeten Regierungen annehmbares Ergebnis gezeitigt haben würden.

Das vorläufige Verbleiben des Reichskanzlers im Amte kommt der Rechten sehr gelegen. Wäre Bülow jetzt gegangen, so wäre das ein Akt der Opposition, des Protestes gegen die im Reichstag siegreiche Richtung gewesen. Die Konservativen haben aber in der Tat nicht die Absicht, Minister zu stürzen; das verstößt gegen ihr „monarchisches Bewußtsein". Die Konservativen wollen nur, daß die Minister ihnen aus der Hand fressen.

Und Bülow frißt ihnen aus der Hand!

Was die Norddeutsche Allgemeine Zeitung offiziös an der Spitze ihres Wochenrückblicks ausführt, ist nur Rückzugskanonade. Sie schreibt:

„Der Reichstag hat zwei Entscheidungen gefaßt, die für das Zustandekommen der Finanzreform von folgenschwerer Bedeutung sind und für das Gelingen des Werkes verhängnisvoll werden können: er hat am Dienstag die sogenannte Kotierungssteuer angenommen und am Donnerstag die Erbanfallsteuer abgelehnt, beides in unverhülltem Widerspruch gegen den klar dargelegten Willen und Entschluß der verbündeten Regierungen. . . .

Die Reichstagsmehrheit hat die Erbanfallsteuer in allen Punkten abgelehnt und damit den wichtigsten Teil aus der Finanzreform herausgebrochen. . . . Diese Vorlage der Regierung hat den fast einmütigen Beifall von Wissenschaft und Praxis erfahren; die Einfügung der Erbschaftssteuer wird mit Recht in weiten Volkskreisen als ein unentbehrliches Korrelat gegenüber der gleichzeitig notwendig werdenden starken Inanspruchnahme der Verbrauchsabgaben angesehen.

Durch die beiden Beschlüsse hat die Reichstagsmehrheit nicht nur die politische Gruppierung der Parteien auseinandergesprengt, die seit den Wahlen des Januars 1907 bestand und sich für die Führung der Reichsgeschäfte als durchaus erfolgreich und nützlich erwiesen hatte, sie hat durch diese Sprengung nicht nur den damals erzielten Erfolg des geschlossenen Auftretens der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie illusorisch gemacht, sondern sie hat auch das große Werk der Reichsfinanzreform nach langen, schwierigen und mühsamen Verhandlungen kurz vor deren Abschließung überhaupt in Frage gestellt. Die Regierung muß von der neuen Mehrheit den Beweis erwarten, daß sie nach Ablehnung der Erbschaftssteuer Reformvorlagen zu bieten vermag, die mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit vereinbar sind und nicht an die Quellen des Wohlstandes des Landes rühren.

Die Reichstagsmehrheit wird sich dabei keinem Zweifel darüber hingeben dürfen, daß die verbündeten Regierungen niemals Steuern annehmen können und werden, welche insbesondere Industrie und Handel in ihrem Lebensnerv treffen. Die verbündeten Regierungen werden vielmehr jeden einzelnen der Steuervorschläge auf seine sachliche Berechtigung prüfen und werden, falls der Versuch gemacht werden sollte, ihnen durch ein Mantelgesetz oder in anderer Form Steuern aufzuzwingen, die sie für unannehmbar erklärt haben, eher das gesamte Reformwerk ablehnen, als daß sie Vorschlägen ihre Zustimmung gäben, die der deutschen Volkswirtschaft dauernden Schaden bringen müssen."

Das klingt einigermaßen scharf. Aber hinter der scheinbaren Schärfe zeigt sich deutlich die Geneigtheit der Regierung, mit den Konservativen sich zu einigen. Es ist vor allem keine Rede mehr davon, daß die Finanzreform ohne Erbschaftssteuer nicht gemacht werden solle und könne, wie früher der Schatzsekretär Sydow aufs feierlichste versichert hatte. Vielmehr werden die Konservativen nun aufgefordert, auf die Kotierungssteuer, den Kohlenausfuhrzoll und die Mühlenumsatzsteuer zu verzichten und andere Vorschläge zu machen. Die Konservativen werden sich auf diese Verhandlungen mit Vergnügen einlassen und haben dabei nur Rücksicht zu nehmen auf die Wünsche ihrer klerikalen Bundesgenossen.

Die Konservativen sind sogar gnädig genug, auch den Nationalliberalen von neuem die „Mitarbeit" anzubieten. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen, ähnlich wie ihr Meister Bülow, klein beigeben. Sie haben schon angekündigt, daß sie eine Dividendensteuer als Besitzsteuer beantragen wollen, beweisen also ihre Bereitschaft, trotz Ablehnung der Erbschaftssteuer sich aufs neue in Kompromißverhandlungen einzulassen.

Die Kanzlerkrisis ist vertagt. Bülow will als Gefangener des konservativ-klerikalen Blocks fortkriechen. Es soll ein positives Resultat in der Finanzreform erreicht werden. Dann will Bülow Valet sagen. Oder hofft er bis dahin, noch irgendeinen neuen Scheingrund zu finden, um sich vom Monarchen zum weiteren „Ausharren" einladen zu lassen?!

Uns soll es so recht sein! Mögen sich die regierenden Männer und die bürgerlichen Parteien nur immer weiter vor aller Welt in ihrer Jämmerlichkeit und Unwürdigkeit offenbaren! Die Massen des Volkes werden die Lehre aus diesem ungeheueren, politischen und moralischen Zusammenbruch der herrschenden Mächte zu ziehen wissen!

* * *

Zur Kennzeichnung der Situation seien noch folgende Mitteilungen wiedergegeben:

Kiel, 27. Juni (Lok.-Anz.) Auf dem gestrigen Gartenfest beim Stationschef bildete vielfach die Politik das Gespräch, und mit großer Lebhaftigkeit wurde die Frage erörtert, auf welche Weise der Situation ein Ende gemacht werden solle. Dem Abg. Spahn schien die Lage keiner besonderen Lösung zu bedürfen. Er meinte, daß die Finanzreform nunmehr vom Fürsten v. Bülow mit der neuen Mehrheit gemacht werden würde. Ausdrücklich hob er dabei hervor, daß es sich bei dem ganzen Konflikt doch nur um sachliche Meinungsverschiedenheiten handle, persönliche Einflüsse irgendwelcher Art seien dabei nicht maßgebend gewesen.

Frankfurt a. M., 27. Juni. Ueber die Stimmung des Kaisers wird der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet: Man weiß längst, auch aus dem Telegramm, welches der Kaiser an Bülow nach dessen letzter Rede richtete, daß er in der Frage der Finanzreform mit lebhaftem Interesse hinter dem Reichskanzler steht, und daß er sich auch innerhalb der ihm verfassungsrechtlich gegebenen Möglichkeiten bemüht hat, den Widerstand der Konservativen zu beseitigen. Der Kaiser hat in der letzten Zeit mehrfach Personen gesprochen, welche ihm über die politische Bedeutung der konservativen Opposition und die wirtschaftliche Steuerfrage Auskunft gegeben haben und soweit der Kaiser in Betracht kommt, würden eine Auflösung des Reichstags und ein frischer Wahlkampf wahrscheinlich nicht ausgeschlossen sein.

Berlin, 28. Juni. Die Folge der kaiserlichen Entscheidung ist die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Parteien des alten Blocks, die den Zweck haben, die Finanzreform auch ohne Erbschaftssteuer zustande zu bringen. Fürst Hatzfeldt von der Reichspartei hatte am Sonntag mit Mitgliedern verschiedener Parteien Besprechungen.

Eine große Programmrede von Jaurès.

Ch. R. **Paris**, 26. Juni 1909.

Die Interpellationen über die allgemeine Politik des Kabinetts dauern weiter fort. Es ist eine fast akademische Rednerschlacht. Nach dem Angriff von rechts gegen die Regierung Clemenceaus kam ein viel bedeutenderer Angriff von links, seitens der Sozialisten. Jaurès hat in einer sehr schönen Rede der Regierung ihr Sündenregister vorgehalten. Er hat aber auch die bürgerliche Mehrheit nicht geschont. Er erklärte, daß er keine Zweifel über den Ausgang der Interpellation hege, er wolle aber das Land über die Situation aufklären.

Vor allem wandte sich Jaurès gegen die reaktionäre Rechte. Schonungslos deckte er den klaffenden Widerspruch zwischen ihrer heftigen Kritik der Regierung und der allzu häufigen Unterstützung, die sie ihr gewähren, auf. Diesen Widerspruch erklärt er durch die Eifersucht der Konservativen, die sich besser geeignet fühlen, die Aufrechterhaltung des Bestehenden zu besorgen, als die Radikalen, deren Vergangenheit sie gefangen hält. Nach dem ersten Poststreik konnten die Konservativen Bedenken haben und ihre nutzlose Regierungsfreundschaft bedauern. Die Provokation des zweiten Streiks hat sie beruhigt. Die Regierung hat sich gerettet, indem sie das Postproletariat zerschmetterte. In unserer Epoche bete man vor allem die Gewalt und den Erfolg an. Der Erfolg sei aber nur ein scheinbarer. Die Unterstützung der Rechten sei auf die Dauer unsicher. Wenn es gilt, die Ordnung durch die Gewalt aufrecht zu erhalten, so sei die Reaktion dafür besser ausgestattet. Im Wettkampf um die Gewaltsamkeit könne sie immer Siegerin bleiben.

Die Bewunderer der Gewaltsamkeit und des Erfolges, so fuhr der Redner fort, sind aber schwer zu befriedigen. Sie sind unersättlich und verlangen immer mehr. Schon die letzten Streikanläufe ließen die Aktien der Regierung etwas sinken und die Patauds steigen. In der Armee herrsche Unsicherheit nicht bloß unter den Soldaten, sondern auch in den Offizierkreisen. Sie haben es satt — französisches Arbeiterblut zu vergießen, während ein anderer Teil die bisherige Unterdrückung der revolutionären Kräfte nicht genug entscheidend und erschöpfend findet. Es gibt auch solche, die eine Politik vorziehen, die dieses Blutvergießen überflüssig macht. Alle Offiziere aber insgesamt leiden grausam durch ihre Absonderung vom Volke. Die Regierungspolitik befriedigt also weder die Reaktion, noch ist sie imstande, die Arbeiterklasse für die republikanische Gesetzlichkeit zu gewinnen. Der Arbeiterklasse gegenüber kann die Regierungspolitik derart gekennzeichnet werden: Gewaltsamkeit in der Unterdrückung, Unsicherheit und Langsamkeit in der Reformarbeit.

Jaurès schilderte in großen Zügen die Streiks des Nordens, die Meutereien des Südens, die Schlächtereien von Draveil und Villeneuf-St. Georges, wo die Regierung bald leichtsinnig Zündstoff sich ansammeln ließ, bald mit schonungsloser Brutalität unterdrückte. Das Resultat: eine Kluft zwischen „den beiden linken Parteien", den Radikalen und den Sozialisten, eine Abneigung der Arbeiterklasse den gesetzlichen Mitteln gegenüber.

Je näher wir dem Eigentumsproblem rücken, desto unabwendbarer wird der Kampf zwischen der radikalen Partei, die auf dem Boden des Privateigentums steht, und den Sozialisten. Jaurès wünscht aber, daß man bei diesem „notwendigen und fruchtbaren Gegensatz" die Gemeinsamkeit mit der republikanischen Partei nicht vergesse. Er erklärte aber förmlich, daß er eine neue Vereinigung in der Form eines Blocks mit dem Radikalismus für unmöglich halte. Diese Worte machten Eindruck auf die Kammer. Auf den sozialistischen Bänken wurde diese Erklärung von Jaurès freudig begrüßt.

Trotz des notwendigen Gegensatzes wäre aber eine Vereinbarung mit den Radikalen für die Ausführung der Reformen möglich gewesen. Die Gewaltsamkeit der Regierung hat diese Hoffnung jedoch verscherzt. — Jaurès schiebt die Schuld des Bruches mit dem Radikalismus auf Clemenceau zurück. Er erinnert an die Verfolgungen der Arbeitskonföderation, an die Rede Clemenceaus in Lyon unmittelbar vor den Wahlen von 1906, wo Sozialisten und Republikaner gemeinsam für die Weltlichkeit der Schule kämpften, an die Verfolgungen der Lehrerorganisation wegen „Majestätsbeleidigung" gegen Clemenceau, an die Prozesse gegen die Hervéisten, die ohne die Regierungsverfolgungen der Vergessenheit und Gleichgültigkeit verfallen wären.

Jaurès rief einen interessanten Zwischenfall hervor, indem er abermals auf den zweiten Poststreik zu sprechen kommt. Er beschuldigte die Regierung, an die Maßregelung von 3000 Beamten gedacht zu haben. Die Absicht dieser Maßregelungen wurde zur rechten Zeit bekannt. Sie rief eine starke Opposition hervor. Die Regierung bekam Furcht und verzichtete auf dieses neue Verbrechen gegen das Postproletariat. Clemenceau erklärte zwar, daß diese Maßregelung vom Ministerrat einstimmig abgelehnt worden ist, aber der Staatssekretär Symian, der Urheber des Streiks, plauderte naiv aus der Schule, indem er den bösen Willen der Regierung zugab.

Nachdem Jaurès die Unterdrückungspolitik der Regierung schonungslos aufgedeckt hatte, ging er zur Kritik ihres Reformwerkes über. Er sieht vor sich „eine Wüste". Der Zurückkauf der Osteisenbahn ist durch Ueberrumpelung des Staats durch die Kompagnie fruchtlos gemacht. Die Sonntagsruhe blieb ein toter Buchstabe. Die Einkommensteuer begegnete dem Widerstand des Senats und kann nur durch eine populäre Regierung ausgeführt werden. Die Durchführung des Gesetzes, betreffend die Alterspensionen, ist durch die Erklärung Clemenceaus, daß das Gesetz bloß ein „Gaukelwerk" sei, erschwert worden. Der Senat hat die Grundlagen des Gesetzes, das noch vor den Wahlen 1906 angenommen wurde, völlig zerstört. Nach dem Senatsprojekt sollen Arbeiter, die von 15 Jahren bis zu 65 Jahren den Beitrag zahlen, jährlich 260 Frank erhalten. Nach einem halben Jahrhundert, während dessen Arbeiter ihre Beiträge zahlen, werden nur 15 Prozent derselben eine kaum nennenswerte Pension bekommen. Da erlischt jeder Funke von Arbeiterhoffnung auf bessere Zukunft. Aber auch in dieser lächerlichen Form wird das Gesetz noch immer aufgeschoben.

Jaurès kritisierte ferner die Novelle über die Rechte der Beamten, die man in verschiedene Kategorien spalten will. Man prägt das Wort Syndikat ohne die aus ihm fließenden Folgen. Namentlich: man erlaubt den Beamten nicht den Anschluß an Arbeiterorganisationen.

Der Sterilität der gegenwärtigen Regierung setzt Jaurès die großen Reformen der vorhergegangenen entgegen: das Schulgesetz, die Trennung der Kirche vom Staat, die Abkürzung der militärischen Dienstzeit auf 2 Jahre, das Gesetz über Sonntagsruhe. Dieses gesetzgeberische Werk hatte den reaktionären Block zerschmettert. Was aber könne die jetzige Kammer in dem bevorstehenden Wahlkampf dem enttäuschten Volk bieten? Jaurès erklärt, daß dieser Bankrott des Radikalismus ihm keine Freude bereite, da die Sozialisten zum größten Teil die üblen Folgen mittragen werden. Das sozialistische Ideal werde nicht durch den Zusammenbruch des gemeinsamen Programms aller linken Parteien bekräftigt werden. Der Redner bedauert auf tiefste diesen Zusammenbruch der legalen Reform.

Für diesen Zusammenbruch ist die Mehrheit ebenso verantwortlich wie die Regierung. Mit geistreichen Witzen kommen Gesetze nicht zustande! Es fehlt an Volksleidenschaft. Der Ministerpräsident, glänzend und geistreich, steht am Rande der Reformen wie eine Schwalbe an der Ecke des Daches. Es mangelt ihm an Methode. Er ist dagegen reich an glänzender Zerstreutheit und geistreichem Wirrwarr (incohérence spirituelle)!

Der weitere Teil der Rede Jaurès, die mehr als eine ganze Sitzung in Anspruch nahm, fand stellenweise eine enthusiastische Zustimmung beinahe der ganzen Kammer. Die Ausführungen trugen nämlich einen ausgesprochen demokratischen, literarischen und philosophischen Charakter.

Jaurès beklagt die Erfolge des Antiparlamentarismus, zeigt den wachsenden Gegensatz zwischen der denkenden und der politischen Welt. Die großen Denker und Genis sollen über dem Kampf der Parteien stehen. Es gibt eine soziale Solidarität der großen Geister. Jaurès führt als Beispiele Goethe, Viktor Hugo, Wagner an. Die Mittelmäßigkeit des sozialen Lebens ruft eine tiefe Enttäuschung, einen Rückgang in den höheren Regionen des Geistes hervor. Zur Ausführung eines großzügigen Programms gehört eine Volksbewegung. Jaurès zitiert die Worte Bismarcks, daß ohne die Sozialdemokratie die soziale Reform unmöglich wäre. Er spricht von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Alkoholismus, von der der Verstaatlichung, der Miliz, der sozialen Reform überhaupt. Dies alles wurde so formvollendet, so schön vorgetragen, daß der große Redner die allgemeine Bewunderung der Kammer erzwang. Es war zum ersten Male

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090628/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG